HNA 30.06.2011

Nun auch SPD für – zeitlich begrenzte – höhere Steuern

Sozialdemokraten präsentieren heute im Rat Vorschläge zur Etat-Sicherung

HANN. MÜNDEN. Die SPD-Ratsfraktion gibt ihre Ablehnung von Steuererhöhungen auf. Sie ist nun bereit, die Anhebung der Gewerbe- und der Grundsteuern in Hann. Münden mitzutragen, damit die Einnahmesituation der hochverschuldeten Stadt verbessert werden kann. Voraussetzung ist allerdings, dass sie auf fünf Jahre begrenzt bleibt.

Das erklärte die Fraktion im Vorfeld der Ratssitzung, die am heutigen Donnerstag um 15 Uhr im Rittersaal des Welfenschlosses beginnt.

Die SPD verspricht sich von der Erhöhung Mehreinnahmen von jährlich einer Million Euro. Außerdem soll vor der Änderung der Steuersatzung ein Katalog veröffentlicht werden, der deutlich macht, für welche freiwilligen Leistungen der Daseinsvorsorge oder im sozialen Bereich die Gelder eingesetzt werden. Dies soll Entscheidungen für den Bürger transparent machen und für Akzeptanz sorgen.

Eine entsprechende Forderung wird die Fraktion in der heutigen Ratssitzung formulieren. Der Punkt soll in das Haushaltssicherungskonzept 2011 der Stadt aufgenommen werden. Bisher hatten sich Sozialdemokraten wiederholt erfolgreich gegen Steuererhöhungen gestemmt.

Kindergärten wieder an Landkreis abgeben

Darüberhinaus bittet die SPD-Fraktion um Aufnahme weiterer Punkte in das Sicherungskonzept mit dem Ziel, städtische Ausgaben in beträchtlicher Höhe zu senken:

- Zehnprozentige Kürzung der Entschädigungen für Ratsmitglieder.
- Verkleinerung des Rates um sechs Ratsherren und Ratsfrauen – derzeit gehören dem Parlament 36 Mitglieder (ohne Bürgermeister) an.
- Verkleinerung der Ortsräte.
- Abgabe der Zuständigkeit für die Kindergärten an den eigentlich zuständigen Landkreis – allein dies würde 2,3 Millionen Euro einsparen helfen.
- Abgabe der Bauaufsicht an den zuständigen Landkreis.
- Abschaffung des Dienstwagens für den Bürgermeister.
- Zukünftig Vollkostendeckung für die jährliche Stapelmahlzeit.
- Entwicklung eines Modells zur Gleichbehandlung der Nutzer innerstädtischer Sportanlagen mit denen der Ortschaften. Dies gelte insbesondere für die Turnhallen und das Gelände am Rattwerder. Damit, so die SPD, ergebe sich eine Modifizierung für die Abgabe der Sportanlagen bzw. Sportplätze an die örtlichen Vereine. Dies könne nur auf freiwilliger Basis geschehen, da die Leistungsfähigkeit der Vereine berücksichtigt werden müsse.

Die Vereine sollten jedoch nicht an den Energiekosten beteiligt werden, da immer mehr von ihnen nur noch über Sponsoring überhaupt lebensfähig seien.

Auch sollten der Jugendaustausch, die Jugendarbeit und die Städtepartnerschaften weiterhin ausdrücklich gefördert werden.

Nach Angaben der SPD hat das Bürgerforum (BFMÜ) bereits signalisiert, den Antrag mitzutragen. SPD-Fraktionschef Schminke geht davon aus, dass er eine Mehrheit bekommt. Vermutlich ist daran auch die Zustimmung zum Gesamt-Etat 2011 geknüpft. (asc)

Haushalt 2011-06-10

Eckpunkte zur Verfahrensweise für die Ratssitzung am 30.06.11

Herr Dr. Bitz und die SPD – Fraktion stellen folgenden Forderungskatalog auf: (evtl. mit Schill)

10 % Kürzung bei den Entschädigungen für Ratsmitglieder

Verkleinerung des Rates (- 6)

Verkleinerung der Ortsräte

Abgabe der Zuständigkeit für die Kindergärten (2,3 Mio. !!) an den Landkreis

Abschaffung des Dienstwagens für den Bürgermeister

Streichung der halben Stelle Ö.A.

Zukünftig Vollkostendeckung für Stapelmahlzeit

Entwicklung eines Modells zur Gleichbehandlung der Nutzer der innerstädtischen Sportanlagen mit denen der Ortschaften

Keine Beteiligung der Vereine an den Energiekosten

Weiterhin Zuschüsse für den Jugendaustausch, die Jugendarbeit und die Städtepartnerschaften

Zur weiteren Deckung der Kosten für freiwillige Leistungen wird ab 2012 eine temporäre Einnahmeverbesserung (5 Jahre) durch Erhöhung der Gewerbe und Grundsteuern geprüft und auf ca. 1 Mio. p.a. festgesetzt.

Die SPD und Dr. Bitz lehnen den Haushalt konsequent ab, da der Bürgermeister seine Arbeit nicht macht.

Da die Stadt aber noch im laufenden Haushaltsjahr Investitionen tätigen muß.
(Straßen, Zuschüsse für soziale Zwecke, etc.) enthalten Herr Dr. Bitz und H. Schminke sich der Stimme.

Somit wird deutlich, dass allein der Bürgermeister für den laufenden Haushalt verantwortlich ist und Herr Dr. Bitz und die SPD – Fraktion mit dem HSK die Weichen für eine aschuldenfreie Zukunft stellen.